

der Vernichtung des Mittelstandes als sozialem Stabilisator. Nach 1900 geriet Sombart die wertfreie Wissenschaft allerdings zusehends zur »Flucht in die Innerlichkeit« (S. 170). In einem Aperçu kritisiert Lenger den Versuch Thomas Nipperdeys, das anti-politische Element bürgerlichen Denkens in Deutschland zu relativieren. Tatsächlich entwickelte selbst ein »Modernist« wie Sombart früh anti-politische Velleitäten. Daß die sozialliberal-reformistische Zusammenarbeit der Breslauer Tage sich nicht auf nationale Ebene übertragen ließ, machte die Neigung zur Überzeugung. Folgerichtig förderte Sombart in den 1920er Jahren den elitären Charakter der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, um nach 1933 ihr Konkursverwalter zu werden. Der »Entjudung« der Sozialwissenschaft sah er passiv zu, schließlich hatte er schon vorher das Eindringen jüdischer und liberaler Kollegen in die Gesellschaft für Soziologie gebremst. Seit dem Ersten Weltkrieg bildeten Deutschtumsmetaphysik, Planwirtschaft, Autarkie und ein nationaler, aristokratischer Sozialismus nach italienischem Vorbild die Fixpunkte seiner politischen Vorstellungen. Damit war der ehemals sozialliberale Gelehrtenpolitiker bei den Ideologen der Konservativen Revolution (Oswald Spengler, Arthur Moeller van den Bruck und dem »Tat«-Kreis) angekommen, mit denen er auch persönlich verkehrte. Daß er 1934 deren Ideen in seiner Schrift »Deutscher Sozialismus« auch gegen den Nationalsozialismus vertrat, lag in der Logik des sich allmählich formierenden nationalkonservativen Widerstands gegen Hitler.

*Dieter Krüger, Berlin*

Hedwig Brüchert-Schunk, *Städtische Sozialpolitik vom Wilhelminischen Reich bis zur Weltwirtschaftskrise. Eine sozial- und kommunalhistorische Untersuchung am Beispiel der Stadt Mainz 1890–1930*, Franz Steiner Verlag, Stuttgart 1994, 414 S., geb., 138 DM.

Der moderne Sozial- und Interventionsstaat entstand in Deutschland in engem Zusammenhang mit den durch die Industrialisierung und Urbanisierung geschaffenen sozialen Problemlagen. Wo die staatlichen Regelungen die Probleme zunächst noch ungelöst ließen, waren es – so die Autorin der vorliegenden Dissertation – in besonderem Maße die Verwaltungen der Städte, die gefordert waren, das »sozialpolitische Vakuum« (S. 24) zu füllen. In ihrer Studie über »Städtische Sozialpolitik« in Mainz untersucht Hedwig Brüchert-Schunk, welches Aufgabenfeld einer Gemeinde dabei zufallen konnte. Es geht der Autorin um alle kommunalpolitischen Aktivitäten, »die darauf gerichtet waren, die Lebensverhältnisse der Bevölkerung, insbesondere der unteren Einkommenschichten, zu verbessern« (S. 6 f.). Man könnte fragen, ob der Begriff »Sozialpolitik« hier nicht zu weit gefaßt wird, ob die Einrichtung des städtischen Schlacht- und Viehhofes und der Ausbau der Kanalisation tatsächlich von seiner Definition getragen werden. Auf solche begriffstheoretischen Diskussionen läßt sich die Autorin allerdings nicht ein.

Ihr geht es eher darum, empirisch zu zeigen, wie die Stadt Mainz ihr System kommunaler Leistungsverwaltung in der Wilhelminischen Zeit aufbaute und ausbaute, welche Aufgaben sie im Zuge dieser Expansion wahrnahm. Das war zum einen natürlich die Traditionsaufgabe deutscher Gemeinden – die Armenpflege –, in der Mainz mit der allerdings deutlich verspäteten Übernahme des sog. »Elberfelder Systems« 1896 den Weg zur Reformierung und Modernisierung der Unterstützungstätigkeit beschritt. Das Armenwesen rangiert in dieser Arbeit aber nur als ein – nicht einmal besonders herausragender – Teilbereich städtischer Sozialpolitik, ausführlicher widmet sie sich dem Arbeiterschutz, daneben aber auch der Wohnungsfürsorge, Kinder- und Jugendfürsorge und relativ breit wieder der Gesundheitsfürsorge. Unter diesen letzten Titel wird von der Kanalisation bis zur

Krankenkasse ein ganzes Bündel von Maßnahmen gefaßt, die der Prävention, Heilung oder sozialen Absicherung im Krankheitsfall dienten.

Nicht anders als in vielen Städten des Reiches ging in Mainz die Übernahme neuer Aufgaben mit einer Ausdehnung, aber auch Ausdifferenzierung der städtischen Verwaltung einher. Ohne diesen Trend forschungsbezogen und theoretisch zu erörtern, zeigt Brüchert-Schunk ihn an den einzelnen Bereichen auf, in denen die Stadt aktiv wurde. Das Wohnen etwa wurde Ende des Jahrhunderts als neue Aufgabe städtischer Sozialpolitik erkannt: Zunächst ging es vor allem um die Feststellung und Inspektion wohnungshygienischer Mängel; Mainz unterhielt dafür seit den 1890er Jahren eine Wohnungsinspektion, deren Tätigkeit sich mit der Einrichtung des Wohnungsamtes 1905 noch deutlich intensivierte. Erst mit der Verschärfung der Wohnungskrise nach dem Ersten Weltkrieg engagierte sich die Stadt mit Hilfe von Hauszinssteuermitteln auch aktiv im Neubau von Kleinwohnungen. Im Vergleich frühzeitig emanzipierte sich in Mainz die Kinder- und Jugendfürsorge aus ihrem Status als Anhängsel der allgemeinen Armenpflege und beanspruchte eigenes sozialpolitisches Gewicht. Mit der »Städtischen Zentrale für Jugendfürsorge« wurde schon 1909 der Vorläufer für das in den 1920er Jahren aufgrund staatlicher Weisung eingerichtete Jugendamt geschaffen. Allerdings trafen die städtischen Bemühungen in diesem Sektor nicht selten mit denen der privaten Wohlfahrtspflege zusammen. Ob es die Errichtung von Schulbädern war, die Beschäftigung von Jungen in Handwerkskursen, die vor »Verwahrlosung« schützen sollten, die Einrichtung von Kinderhorten oder die Verabreichung von Schulspeisungen in Notzeiten – die Netze privaten und städtischen Engagements verwoben sich miteinander. In anderen Bereichen waren es die Gewerkschaften, mit denen die Stadt sozialpolitisch kooperierte: 1909 entschied sich Mainz unter dem Druck der Wirtschaftskrise und auf Antrag der Gewerkschaften, das sog. »Genter System« der Arbeitslosenunterstützung in leicht modifizierter Form zu übernehmen. Damit wurde noch keine umfassende Unterstützungsleistung im Fall der Arbeitslosigkeit eingeführt, aber für einen eng eingeschränkten Kreis von Berechtigten eine zusätzliche Hilfe zum Lebensunterhalt gewährt. Die Gewerkschaften besorgten über ihre gut funktionierende Organisation die Auszahlung der Unterstützung an ihre Mitglieder. Welchen Stellenwert und welche neuen Dimensionen die Gesundheitsfürsorge im Zuge von Industrialisierung und Urbanisierung erlangte, zeigt die Studie am Beispiel der Stadthygiene: In einer Stadt, die nach der Jahrhundertwende mit über hunderttausend Einwohnern die Schwelle zur Großstadt überschreiten sollte, spielten im Kaiserreich Trinkwasserversorgung, Abwasserentsorgung durch Kanalisation und regelmäßige Müllabfuhr eine immer entscheidendere Rolle, um die Ausbreitung von »Volksseuchen« wie der Cholera zu verhindern.

Besonderes Gewicht legt die Darstellung immer wieder darauf, deutlich zu machen, wie ein sozialpolitisches Handlungsfeld heranreifte, von der Stadt erkannt und schließlich mit ersten Maßnahmen belegt wurde. In einigen Bereichen kann die Autorin dabei nachweisen, daß die Stadt eine spätere staatliche Regelung antizipierte, z. B. mit der frühzeitigen Einrichtung eines Jugendamtes oder mit den städtischen Ansätzen zur Zahlung von Arbeitslosenunterstützung. Deshalb ist insgesamt die Wilhelminische Zeit auch viel eingehender und ausführlicher behandelt als die Zeit des Ersten Weltkrieges und der Weimarer Republik. Hier wurden nach Meinung der Verfasserin bereits eingeleitete Maßnahmen häufig nur noch ausgefeilt und intensiviert. Gelegentlich erscheinen die Gewichtungen in der Arbeit allerdings von recht eigenwilligen und nicht unmittelbar einleuchtenden Gesichtspunkten diktiert: Warum in einer Arbeit über Sozialpolitik etwa die Familienunterstützung, Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge im Ersten Weltkrieg, die immerhin wichtige neue Felder der Fürsorge bezeichneten, zusammen kaum mehr als drei Seiten beanspruchen, dafür die Gründung der Kraftwerke Mainz-Wiesbaden relativ ausführlich als Schlußpunkt der Arbeit Würdigung erfährt, erscheint jedenfalls nicht ganz einsichtig. Offenbar steht die Absicht dahinter, besonders die Felder hervorzuheben, in denen die

Stadt eigene Wege ging, nicht nur zum Ausführungsorgan staatlicher Gesetzgebung wurde. Ob das bereits eine tragfähige Basis für einen erweiterten Begriff von »Sozialpolitik« ist, steht allerdings in Frage.

Der Studie kommt ohne Zweifel das Verdienst zu, viele Bereiche kommunalpolitischer Aktivität in Mainz ans Licht geholt und deren organisationsgeschichtliche Entwicklung skizziert zu haben. Aufgrund der Fülle der Themen wird die Diskussion freilich häufig nur angestoßen, da ließe sich weiterfragen. Um nur ein Beispiel zu nehmen: Vereinzelt wird darauf hingewiesen, daß Frauen nur zögernd in Beamtenpositionen der Wohlfahrtsverwaltung vorgelassen wurden; systematisch wäre noch zu erschließen, auf welchen Wegen und in welchem Tempo Frauen dann doch immer stärker in die verschiedenen Zweige der Fürsorge in Mainz vordrangen.

Als vornehmliche Quellengrundlage dient der Arbeit das in seinem dokumentarischen Wert zweifelsohne herausragende zeitgenössische Berichtswesen der Stadt Mainz. Die Quellengattung bedingt den Blickwinkel: Nur selten führt die Autorin ihre Leser aus der Perspektive der städtischen Verwaltung heraus in das urbane Leben jenseits der Amtsstuben, wo die Leistungen der Sozialpolitik mehr als Zahlen in Verwaltungsberichten bedeuteten. Im Hinblick auf die Geschichte der Kommunalpolitik in Mainz liefert die Studie aber durchaus Grundlegendes: Es wird gezeigt, wie soziale Herausforderungen im Industrialisierungszeitalter zur Übernahme neuer Aufgabenfelder und zur Ausformung neuer Verwaltungszweige in der Stadt geführt haben.

*Ulrike Haerendel, München*

Martina Käthner, *Der weite Weg zum Mädchenabitur. Strukturwandel der höheren Mädchenschulen in Bremen (1854–1916)*, Campus Verlag, Frankfurt am Main 1994, 219 S., kart., 48 DM.

Die 1992 als Dissertation an der Universität Bremen vorgelegte Arbeit untersucht den Strukturwandel des höheren Mädchenschulwesens in Bremen bis zur Übernahme der preussischen Mädchenschulreform von 1908. Den Beginn des Untersuchungszeitraums markiert der erste Jahresbericht der Schuldeputation über das bremische Schulwesen, der es überhaupt erst ermöglicht, einen Überblick über den Stand der Mädchenbildung in Bremen um die Mitte des 19. Jahrhunderts zu gewinnen. Ihre Entwicklung in der ersten Hälfte des Jahrhunderts läßt sich offenbar selbst aus den von der Verfasserin ausgewerteten Akten des Staatsarchivs Bremen nur lückenhaft rekonstruieren.

Die durchweg privaten »höheren Töchter Schulen« der Hansestadt vermittelten ein allgemein akzeptiertes bürgerliches Bildungswissen, das sich keineswegs auf die Rolle der Hausfrau und Mutter beschränkte, andererseits aber auch nicht mit Berechtigungen verbunden war, wie sie an den höheren Knabenschulen erworben werden konnten. Ihre Klassifizierung verdankten diese »höheren« Schulen der Herkunft ihrer Klientel aus den bürgerlichen Schichten, wobei das hohe Schulgeld nicht zuletzt der Aufrechterhaltung der sozialen Homogenität diente. Der rein private Charakter der Mädchenschulen blieb in Bremen länger erhalten als in Preußen. Auch als dort 1908 den Mädchen in Form der Studienanstalt ein direkter Weg zu Abitur und Studium eröffnet wurde, beschränkte sich der bremische Senat zunächst darauf, durch Sondergenehmigungen zum Besuch der staatlichen höheren Knabenschulen einzelnen Mädchen die Ablegung des Abiturs zu ermöglichen (S. 154). Eine Reform des Mädchenschulwesens wurde in Bremen auch nicht von der Frauen- und Lehrerinnenbewegung vorangetrieben, sondern von einer nach 1900 wachsenden Gruppe Bremer Bürger, die für ihre Töchter eine zum Universitätsstudium berechtigende Bildung anstrebten (S. 159, S. 164). Diesem Bedürfnis kam der Senat schließlich durch Einrichtung einer